

Umdenken nicht nur beim Katastrophenschutz

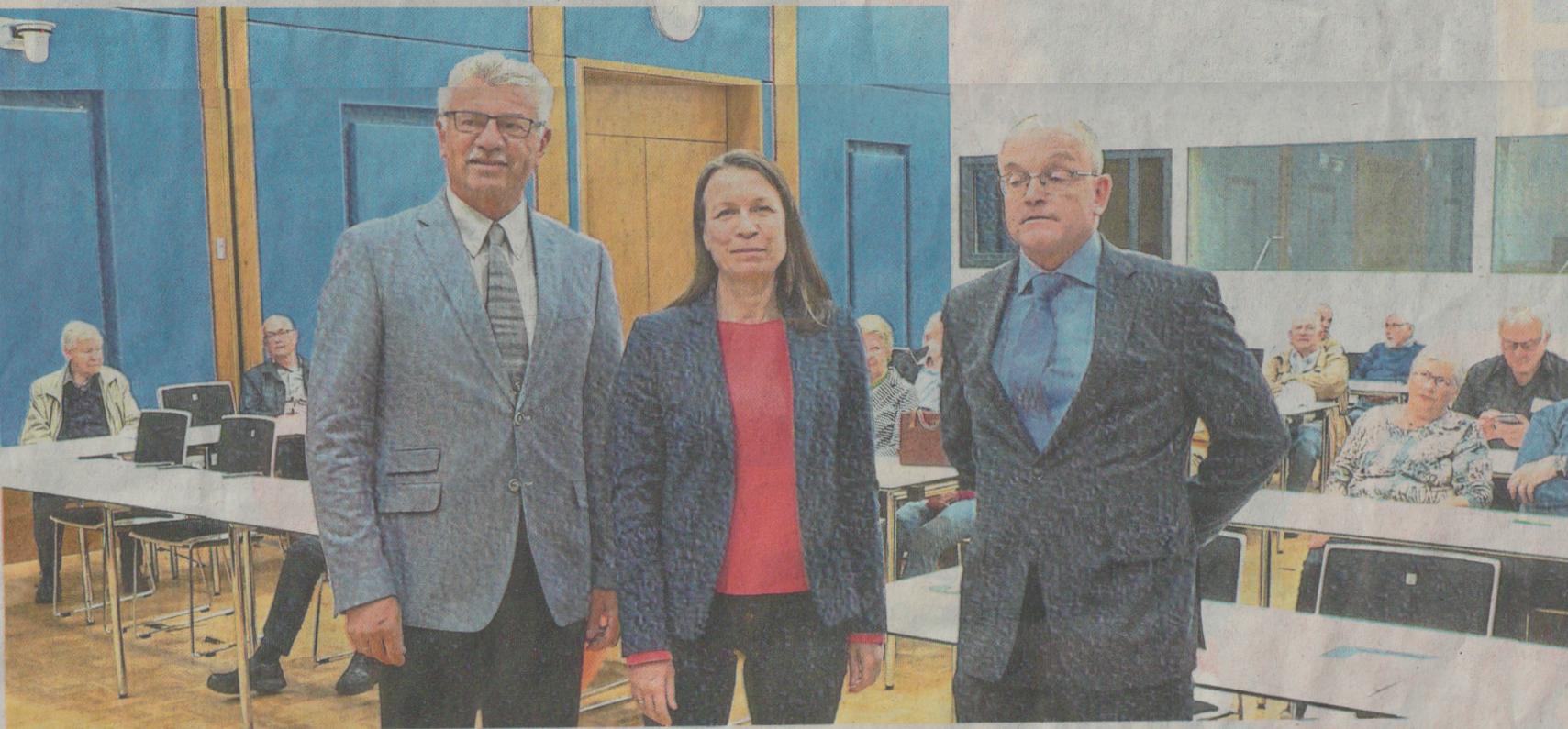
Gesellschaft für Sicherheitspolitik:
Hybride Bedrohung bedeutet Gefahr von außen und von innen

Von Jochen Tarrach

■ **Ahrweiler.** „Deutsche Sicherheitspolitik, Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung“, das war das Thema, mit dem sich die Sektion Bad Neuenahr-Ahrweiler der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) unter Leitung von Jürgen Schick in ihrem Vortrags- und Diskussionsabend im Vortragssaal der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) an der Ramersbacher Straße in Ahrweiler beschäftigte. Da auch die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 in dieses Thema mit hineinspielt, waren nicht nur zahlreiche GSP-Mitglieder im Saal oder per Livestream anwesend, sondern auch Landrätin Cornelia Weigand war gekommen, um aus ihrer Sicht zu berichten.

„Die Flutkatastrophe und die grundlegend geänderte sicherheitspolitische Lage in Europa nach dem russischen Überfall auf die Ukraine haben ein Umdenken in der Vorsorge für den Katastrophenschutz und der Zivilen Verteidigung zwingend notwendig gemacht. Die täglichen Fernsehbilder in den Nachrichten aus der Ukraine sprechen da eine deutliche Sprache. Nach einem Angriff mit großen Zerstörungen sind es immer die Mitglieder des Katastrophenschutzes und der Zivilen Verteidigung, die gemeinsam mit dem Militär versuchen, noch zu retten, was zu retten ist“, hieß es seitens der GSP.

Bei der Flut im Ahrtal war es zwar kein feindlicher Angriff, aber die Zerstörungen waren vergleichbar riesig, und auch hier haben die Soldaten der Bundeswehr Hilfe geleistet. Sie haben zwar nicht die Feuerwehren, das THW, das



Landrätin Cornelia Weigand (Mitte) sowie Dr. Dirk Freudenberg (rechts) waren zu Gast beim Vortrags- und Diskussionsabend der GSP in der BABZ, der von Jürgen Schick geleitet wurde.

Foto: Jochen Tarrach

DRK und all die die weiteren zivilen Hilfsorganisationen ersetzen können und auch nicht wollen, aber sie haben mit Mannschaft und schwerem Gerät, das den zivilen Organisationen sonst nicht zur Verfügung gestanden hätte, Unterstützung geleistet.

„Der Bund ist zuständig für Verteidigung und den Schutz der Bevölkerung“, so heißt es im Gesetz, und dazu unterhält der Bund eben die Bundeswehr. Aber: Der Katastrophenschutz ist allein Sache der Länder. Den Kreisen und Kommunen unterliegt der Brandschutz. Wo liegen hier die Schnittstellen zwischen den Beteiligten? Wie war es früher, wie ist es heute? Um diese Fragen aus den verschiedenen Entscheidungsebenen, Bund, Land, Kreis und Stadt, zu betrachten, sind im Verlauf des Jahres insgesamt vier Veranstaltungen der GSP geplant.

Die Aufgaben des Bundes im Bevölkerungsschutz war nur eine der Fragen, die der Referent des

Abends, Dr. Dirk Freudenberg, ausführlich behandelte. Freudenberg ist Dozent für Sicherheitspolitik, Krisenmanagement und strategische Führungsausbildung an der BABZ. Seit 2002 ist er zudem Lehrbeauftragter an mehreren Universitäten der Republik. Der Referent sah in Zukunft auf un-

„In dieses Tal hat der liebe Gott mit der Axt reingeschlagen!“

So beurteilte Dr. Dirk Freudenberg das Geschehen vom 14./15. Juli 2021.

seren Staat nicht nur eine Gefährdung von Kräften anderer Staaten möglich, sondern zunehmend auch eine hybride Bedrohung, das heißt, auch den Versuch der Zerschlagung staatlicher Strukturen zur Destabilisierung der Gesellschaft von innen her. Besonderes Augenmerk müsse dabei

zukünftig auf Cyberangriffen liegen. Der Zweck sei das Vermischen der Grenzen zwischen Krieg und Frieden. Wie unser Staat darauf reagieren soll und welche Rolle die Bundeswehr dabei spielen soll und welche die zivilen Kräfte, das zu klären sei für die Zukunft eine Hausaufgabe der Politik. Klar sei aber, dass hier die emotionale Bereitschaft der Bürger zur Verteidigung notwendig sei. Kommt deshalb wieder eine allgemeine Wehrpflicht?

Wenn die Landrätin zu Gast ist, ist es nahezu unvermeidlich, dass auch Fragen zur Katastrophenbewältigung im Ahrtal aufkommen. „In dieses Tal hat der liebe Gott mit der Axt reingeschlagen“, eröffnete Freudenberg quasi die Frageunde an Cornelia Weigand. Sie berichtete nochmals in bewegenden Worten über die Stunden der Flut und die allgemeine Fähigkeit, im Tal Warnmeldungen umzusetzen, und wie wichtig in Folge jede Art von Unterstützung und Hil-

fe gewesen sei. Dabei kritisierte sie die ihrer Ansicht nach mangelnde Katastrophenschutzausbildung der hauptamtlichen Entscheidungsträger in Land und Bund. Bei diesem Thema habe sich erst jetzt durch die Katastrophe die besondere Dringlichkeit zur besseren Ausbildung gezeigt.

Weiter forderte sie neue Katastrophenregelungen im Bauwesen, damit der Wiederaufbau schneller gehen kann. Viel diskutiertes Thema an diesem Abend war die Spontanhilfe. Die freiwilligen Helfer seien in den ersten Tagen unkoordiniert und völlig ohne Führung zum Einsatz gekommen, erklärte ein Zuhörer, das habe auch viel behindert. Das jedoch sah Landrätin Weigand nicht ganz so. Von der großen Mehrheit der Spontanhelfer sei Hilfe geleistet worden, die von der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen nicht hätte geleistet werden können. Die Koordination hätte in den Orten stattgefunden.